Der arme Teufel aus der Oberlausitz.

Für Wahrheit und Recht! Den Schwachen zum Schutz! Den Mächtigen zum Trutz!

Bezugspreis frei Haus monatlich 2,30 M. Durch die Post bezogen 2,30 M. ohne Bestellgeld. Verlag Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Gütertbahnhofstraße Nr. 1. Fernsprecher Nr. 17259. Postscheckkonto Dresden Nr. 15090

Sonnabendausgabe der Arbeiterstimme
★ für die Oberlausitz ★

Anzeigenpreis: Die 9gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 M. Reklamezeile 1,50 M. Die Arbeiterstimme erscheint werktäglich. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Zittau, den 25. Mai 1929 — Nummer 119

Antikommunistengesetz 3 Jahre verlängert!

Verschärfter Justizfeldzug gegen kommunistische Funktionäre soll das Parteiverbot vorbereiten / Jorns, der Helfer der Liebknechtmörder wird unter Amnestie gestellt / Zörgiebel verhindert Aufklärung der Maivorgänge.

Massenhochverratsprozesse gegen Dresdner Kommunisten

Berlin, 25. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Hermann Müller die Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Dauer von 3 Jahren beschlossen. Eine entsprechende Vorlage wird dem Reichsrat zugestellt.

Die Hermann-Müller-Severing-Hilferding-Regierung hat als Geburtstagsgeschenk ihres einjährigen Bestehens der Arbeiterschaft eine neue Kampfansage unterbreitet, denn das ist der Beschluß, das im Juni 1922 geschaffene Republikschutzgesetz weitere 3 Jahre in Kraft bleiben zu lassen. Dieser Beschluß bedeutet einen neuen Schlag der Koalitionsregierung gegen das deutsche Proletariat von großer politischer Tragweite. Das Republikschutzgesetz, diese verschärfte Auflage des Sozialistengesetzes, ist weiter ausgebaut als Basis der grausamen kapitalistischen Justizpraxis gegen unzählige Proletarier. Nach der Ermordung Rathenaus vom dem sozialdemokratischen Justizminister Radbruch eingebracht, sollte es ausschließlich gegen Fememörder angewandt werden. In der Praxis jedoch wurde dieses Gesetz ganz und allein gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung angewandt. Zuchthaus-, Gefängnis- und Festungsstrafen regnete dieses Machwerk über tausende Arbeiter. Die bloße Zugehörigkeit zum Funktionärkörper der Kommunistischen Partei wurde von ihm als Verbrechen und jede Betätigung im Sinne des Programms der Komintern als Vorbereitung zum Hochverrat abgeurteilt.

Eine neue Welle von Hochverratsprozessen wurde in den letzten Tagen gegen Dresdner revolutionäre Arbeiter entfesselt. **Wegen eines Leitartikels zu dem Blutbad Zörgiebels am 1. Mai erhielt der politische Redakteur der Arbeiterstimme eine Hochverratsanklage, und wegen Verteilung eines Flugblattes der Kommunistischen Partei während der sächsischen Landtagswahl kam jetzt auf Anordnung des Reichsanwaltes in Leipzig gegen die Flugblattverbreiter ebenfalls Verfahren wegen Verbrechen des Hochverrats eröffnet worden.**

Diese Verfahren werden in dem Augenblick eingeleitet, da nach eingehenden Untersuchungen festgestellt wurde, daß an der Niederschlagung friedlich demonstrierender Arbeiter in Berlin einzig und allein der Sozialfaschist Zörgiebel und seine Polizei die Schuld trägt.

Im selben Augenblick, wo man revolutionäre Arbeiter des Verbrechens des Hochverrates anklagt, wird gegen den Mitschuldigen am Mord gegen **Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg**, den Reichsanwalt Jorns, **das Verfahren eingestellt**, gemäß §1 Abs. 2 des Gesetzes über Straffreiheit vom 13. Juni 1928. Hier werden geschützt, Arbeiter, die aus ehrlicher Ueberzeugung einen Kampf um die Besserung ihrer Lebenslage führen, werden jahrelang ins Zuchthaus geschickt ... Das ist das wahre Gesicht der deutschen Demokratie!

*

Zörgiebel, der Verantwortliche des Blutbades an der Berliner Arbeiterschaft, hat in dem Altsozialdemokraten Kahn, dem Dresdner Polizeipräsidenten einen würdigen Kampfgenossen gefunden. Die brutalen Unterdrückungsmethoden, die Kahn in Dresden anwendet, sollen den Beweis erbringen, daß die Sozialdemokraten als treue Hilfershelfer der Trustbourgeoisie nicht schwächer geworden sind in ihrem Kampf gegen das Proletariat, und auch heute nicht hinter den „linken" Zörgiebelsozialisten zurückstehen.

Dabei sabotieren die Verantwortlichen die Untersuchung der Vorgänge am 1. Mai in schamlosester Weise. Als zur Untersuchung der Maivorgänge in Berlin von der Liga für Menschenrechte ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wurde, hat Zörgiebel folgenden Befehl an alle Berliner Polizeireviere gesandt:

„Von der Liga für Menschenrechte wurde ein Ausschuß von Politikern, Journalisten usw. gebildet zwecks Klärung der Vorgänge vom 1. bis 3. Mai. Ich untersage allen Beamten, Angestellten und Arbeitern, dem Ausschuß irgendwelche Aufschlüsse zu geben.

Der Polizeipräsident
gez. Dr. Mosle."

Die Schuldigen fürchten die Aufdeckung der Wahrheit! Gerade deshalb wird trotz aller Unterdrückungsmethoden, trotz aller Strafandrohungen die revolutionäre Arbeiterschaft Tag für Tag, Stunde für Stunde bemüht sein, den Arbeitern das Verbrechen der Sozialfaschisten aufzuzeigen, der Wahrheit über das Blutbad in Berlin zum siegreichen Durchbruch zu verhelfen. Berliner Arbeiter, die in den letzten Tagen die Wahl ihrer Betriebsräte vornahmen haben bereits die Antwort auf Zörgiebels Terrorjustiz gegeben.

Im großen Berliner Metallbetrieb Bergmann, Werk Seestraße, ergab die Betriebsratswahl folgendes Resultat: **Liste 2 (Opposition) 2105 Stimmen, Liste 1 Sozialdemokraten) 1008 Stimmen.**

Der alte Arbeiterrat hat sich je zur Hälfte aus oppositionellen und sozialdemokratischen Mitgliedern zusammengesetzt. Die Opposition ging dieses Jahr mit einer eigenen Liste zur Wahl und errang über zwei Drittel Mehrheit aller Arbeiterstimmen.

Im Zentralviehhof Berlin erhielt die Liste der Opposition 655 Stimmen, die SPD.-Liste 203 Stimmen.

*

Im Auftrag der Trustbourgeoisie, die zur

Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion

eine niedergeschlagene, brutal unterdrückte Arbeiterschaft braucht, hat der „Sozialist" Severing den Roten Frontkämpferbund verboten. Im Auftrag der Trustbourgeoisie hat jetzt die Koalitionsregierung das Republikschutzgesetz verlängert, um unter Anwendung der Paragraphen dieses Gesetzes auch in den nächsten Jahren Tausende von Proletariern hinter Kerkermauern senden zu können. In derselben Sitzung des Reichskabinetts, wo die Verlängerung des Sozialistengesetzes des 20. Jahrhunderts beschlossen wurde, wurde auch der Beschluß gefaßt, **daß die Verschlechterung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes sofort durchgeführt werden muß.** Wissells Novelle zum Erwerbslosenversicherungsgesetz bedeutet, daß nur noch ein geringer Prozentsatz von Erwerbslosen Unterstützung erhält, während auf der anderen Seite die Beitragsleistung von 3 auf 4 Prozent des Lohnes erhöht werden soll.

Befreiung des Kapitals von Steuern, Aufbürdung neuer Steuerlasten auf die Schultern der Arbeiter ist die wirtschaftliche Ergänzung des Unterdrückungsprogramms der Koalitionsregierung.

Hand in Hand damit marschiert die organisierte Welle des weißen Terrors.

Die sozialfaschistischen Methoden der Sozialdemokratie haben zu einer bedeutenden Stärkung der faschistischen Organisationen und der gelben Werkverbände in den Betrieben geführt. Die in Vorbereitung befindlichen Jugendgesetze sehen die Einführung eines militärischen Dienstzwanges für alle Jugendlichen vor. Der Abschluß des Konkordats durch die preußische Regierung wird nicht nur zu einem stärkeren Einfluß der katholischen Kirche an und für sich führen, sondern dient auch dazu, eine stärkere chauvinistische Aufhetzung der Jugend durchzuführen.

(Fortsetzung 2. Seite)

Geheimabkommen Hilferdings mit Finanzmagnat Goldschmidt!

Eine sensationelle Enthüllung der Roten Fahne

Die gestern das erstemal nach dem Verbot wieder erschienene „Rote Fahne" bringt sensationelle Enthüllungen über ein Geheimabkommen des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Hilferding mit dem Großbankdiktator Jakob Goldschmidt, die geeignet sind, die wahren Hintergründe der skandalösen Hilferding-Anleihe aufzuhellen. Die Rote Fahne schreibt:

„Die Großbanken unter Führung Jakob Goldschmidts haben den sozialdemokratischen Reichsfinanzminister Hilferding durch Geheimabmachungen zur Erfüllung bestimmter Forderungen der Großbanken verpflichtet. Davon haben die Großbanken die Gewährung der kurzfristigen Kredite an das Reich und die Unterbringung der Reichsanleihe abhängig gemacht. Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister hat in langen Geheimkonferenzen mit den Bankmagnaten, vor allem mit Jakob Goldschmidt, mit dem Hilferding „persönlich befreundet" ist, sich vollständig den Wünschen Jakob Goldschmidts gefügig gezeigt. Jakob Goldschmidt verlangte vor allem nach der Teilaufhebung der Kapitalertragssteuer, Vermögenssteuer, Einkommensteuer und Erbschaftssteuer für die Reichsanleihe die endgültige Beseitigung der Kapitalertragssteuer, von der vor allem die Großbanken betroffen werden. Ferner forderte Jakob Goldschmidt kategorisch eine derartige „Reform" der Erwerbslosenversicherung, daß auch bei größter Arbeitslosigkeit das Reich keine Zuschüsse mehr zu zahlen braucht, und durch verschärfte Kontrolle und Ausstehung der Erwerbslosen die Industriellen noch mehr als bisher Arbeitslose als Lohndrücker verwenden können.

Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister hat Jakob Goldschmidt bestimmte Zusicherungen gegeben, nämlich in allernächster Zeit die Kapitalertragssteuer aufzuheben, außerdem die von Jakob Goldschmidt im Auftrage des gesamten Finanzkapitals geforderte Reform der Erwerbslosenversicherung durchzuführen.

Wenn Rudolf Hilferding es wagen sollte, unsere Enthüllungen abzuleugnen, so fordern wir ihn auf, mitzuteilen:

Was wurde in den Geheimbesprechungen Hilferdings mit Jakob Goldschmidt besprochen? Welches waren die Forderungen und „Wünsche" Jakob Goldschmidts? Was hat der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding dazu gesagt?"

Kein Verhandlungsabbruch in Paris

Die deutschen Delegierten verhandeln weiter!

Paris, 25. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die deutschen Delegierten haben gestern die Besprechung mit Owen Young und den Vertretern der Gläubigerstaaten fortgesetzt. Die letzteren forderten, daß die durchschnittliche Jahreszahlung um 52,8 Millionen erhöht wird, d. h. um den Betrag, der notwendig ist, um die durch den Verteilungsschlüssel von Spa benachteiligten italienischen, belgischen und englischen Ansprüche zu befriedigen. Danach würde Deutschland bis zum Inkrafttreten des neuen Zahlungssystems die Differenz zwischen den Raten des Dawes- und Youngplanes monatlich 70 Millionen und von dem Inkrafttreten des Youngplanes an jährlich 52,8 Millionen statt bisher 80 Millionen mehr zu tragen haben. Die deutsche Delegation hat daraufhin erklärt, daß sie jede Erhöhung der Youngschen Ziffern ablehnt, und daß sie Antwort erwartet darauf, ob ihre Vorbehalte bezüglich des transferunbeschützten Teiles der Reichsobligationen und der Aufbringungsklausel angenommen wird. Im Lager der deutschen Delegation sieht man, wie die Vossische Zeitung behauptet, „den Gegensatz als unüberbrückbar an, und auch in anderen Delegationen scheint man mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Konferenz bei der Abfassung des Schlußberichts in eine Mehrheit und eine Minderheit auseinanderfallen wird". Eine Antwort auf die deutsche Anfrage dürfte erst für nächste Woche erwartet werden. Unterdessen gehen die Besprechungen weiter. Die Germania schreibt: „Im Augenblick ist noch nicht abzusehen, ob und wie die völlig festgelegte Position der Verhandlungspartner wieder in Fluß gebracht werden kann."

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

„Trotzdem der Außenstehende den Eindruck haben könnte, daß die Konferenz vor die letzte entscheidende Alternative gestellt sei, wird man sich auch heute noch nicht zu einer Voraussage entschließen können."

Die Morningpost erklärt, „daß man in einigen Kreisen glaube, daß ein Uebereinkommen schnell erzielt werden wird, indem beide Parteien einander entgegenkommen". Der Korrespondent des Daily Chronicle hatte eine Unterredung mit Schacht, in der dieser betonte, „daß er keineswegs den von den Gläubigern überreichten Plan zurückgewiesen hat."